



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Bericht der Schulpsychologischen Beratungsstelle

Beratungsfolge:

17.06.2021 Schulausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Schulpsychologische Beratungsstelle der Stadt Hagen berichtet dem Schulausschuss über ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen während der Pandemie und schildert dem Ausschuss, mit welchen Nachwirkungen in Folge des monatelangen Distanzunterrichtes in der Schüler*innenschaft ihrer Prognose nach zu rechnen ist.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

Die lange Zeit des Distanzunterrichtes während der Corona-Krise dürfte auch und vor allem die Arbeit der Schulpsychologischen Beratungsstelle vor bislang nicht bekannte Herausforderungen gestellt haben. Persönliche Begegnungen dürften kaum stattgefunden haben, und viele Schülerinnen und Schüler dürften nicht erreicht worden sein und sind eventuell „durchs Raster gefallen“. Es ist interessant zu erfahren, wie die Schulpsychologische Beratungsstelle überhaupt weiter arbeiten konnte.



Davon abgesehen interessiert uns, mit welchen Spätfolgen bei Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf erhöhten Beratungsbedarf gerechnet werden muss. Nach monatelangem Distanzunterricht müssen sich viele erst wieder reintegrieren.

Wird mit erhöhtem Schulabsentismus gerechnet? Den Schulausschuss interessiert darüber hinaus die Einschätzung der Schulpsychologischen Beratungsstelle zu den zu erwartenden Verhaltensauffälligkeiten, psychologischen Störungen und Somatisierungen der Schüler*innenschaft. Kann von erhöhten Fällen von Zwangsstörungen, depressiven Verstimmungen, Ängsten und Spielsucht (Computerspiele) ausgegangen werden?

Dies sollte den Schulausschussmitgliedern dargestellt werden. Eventuell muss dann darüber beraten werden, ob weitere Stellen bei der Schulpsychologischen Beratungsstelle erforderlich sind.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

keine Auswirkungen (o)

An die Vorsitzende
des Schulausschusses
Frau Nicole Pfefferer

- im Hause -

02.06.2021

Sehr geehrte Frau Pfefferer,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Schulausschusses am 17.06.2021 gem. § 6 (1) GeschO folgenden Vorschlag auf die Tagesordnung:

Bericht der Schulpsychologischen Beratungsstelle

Beschlussvorschlag:

Die Schulpsychologische Beratungsstelle der Stadt Hagen berichtet dem Schulausschuss über ihre Arbeit unter erschwerten Bedingungen während der Pandemie und schildert dem Ausschuss, mit welchen Nachwirkungen in Folge des monatelangen Distanzunterrichtes in der Schüler*innenschaft ihrer Prognose nach zu rechnen ist.

Begründung:

Die lange Zeit des Distanzunterrichtes während der Corona-Krise dürfte auch und vor allem die Arbeit der Schulpsychologischen Beratungsstelle vor bislang nicht bekannte Herausforderungen gestellt haben. Persönliche Begegnungen dürften kaum stattgefunden haben, und viele Schülerinnen und Schüler dürften nicht erreicht worden sein und sind eventuell „durchs Raster gefallen“. Es ist interessant zu erfahren, wie die Schulpsychologische Beratungsstelle überhaupt weiter arbeiten konnte.

Davon abgesehen interessiert uns, mit welchen Spätfolgen bei Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf erhöhten Beratungsbedarf gerechnet werden muss. Nach monatelangem Distanzunterricht müssen sich viele erst wieder reintegrieren.

Wird mit erhöhtem Schulabsentismus gerechnet? Den Schulausschuss interessiert darüber hinaus die Einschätzung der Schulpsychologischen Beratungsstelle zu den zu erwartenden Verhaltensauffälligkeiten, psychologischen Störungen und Somatisierungen der Schüler*innenschaft. Kann von erhöhten Fällen von Zwangsstörungen, depressiven Verstimmungen, Ängsten und Spielsucht (Computerspiele) ausgegangen werden?

Dies sollte den Schulausschussmitgliedern dargestellt werden. Eventuell muss dann darüber beraten werden, ob weitere Stellen bei der Schulpsychologischen Beratungsstelle erforderlich sind.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Köppen
Ausschussmitglied
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

f.d.R
Christoph Nensa
Fraktionsgeschäftsführer